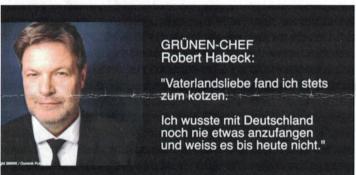


FOLGE 546 JUNI 2024

Zitat: "Man lebt viel ruhiger, wenn man ehrlich, offen und direkt ist. - warum?

- Weil die Leute Dich dann meiden." Klaus Kinski

Deutschland • Die Kritik an Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) reißt nicht ab. Nachdem in einer Studie, die unter anderem von Habecks eigener Beraterin Isabella Weber mit verfaßt wurde, dem Minister bescheinigt wird, für den stärksten Rückgang der Reallöhne in der Nachkriegszeit verantwortlich zu sein, melden sich nun auch Unternehmer zu Wort, die sich über den Mangel an fachlicher Kompetenz des Ministers beschweren. Nun hat auch Marie-Christine Ostermann, die Präsidentin der Familienunternehmer in Deutschland, die Ampel-Koalition für den Verlust von Wettbewerbsfähigkeit verantwortlich gemacht. Sie sagte: "Die Ampel-Regierung verschärft die strukturellen Nachteile Deutschlands weiter, statt sie zu lösen, und verteuert damit den heimischen Standort." Für seine unrealistischen Vorstellungen wurde Habeck zuvor auch von der Industrie kritisiert. Die Pläne zum Kohleausstieg seien nicht umsetzbar.



Es fehle eine Kraftwerkstrategie. Der schleppende Ausbau der Energienetze wurde auch vom Bundesrechnungshof scharf kritisiert. Habeck weist all diese Kritik jedoch zurück. Dabei ist ein Blick auf das Wachstum der Länder der G20 eindeutig. Die vorderen Plätze belegen China, Indien und Indonesien. Das sanktionierte Rußland kommt mit 3,8 Prozent Wachstum auf Platz fünf. In Deutschland sank das BIP um 0,3 Prozent. Es gehört damit zu den Schlußlichtern im Ranking. Deutschland hat am Ostermontag mehrere Kohlekraftwerke stillgelegt, wodurch ein erheblicher Teil der Stromversorgung wegfällt. Diese Maßnahme, von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck vorangetrieben, wird ohne konkreten Ersatz umgesetzt. Kein Ersatz vorgesehen: Habeck spielt mit dem Black-Out. Vorgesehen in den Plänen des Ministeriums sind die 60 Gigawatt an neuer Gaskraftwerkskapazität, die nach den Vorstellungen die Lücken, die die Kohle hinterläßt, füllen sollen, wenn Solar- und Windparks zu wenig liefern. Großartige grüne Pläne, die aber wie so oft an der Realität scheitern: Zu den Gaskraftwerken gibt es noch nicht einmal konkrete Planungen.

Erster deutscher Stadt geht - wegen Wärmepumpen - der-Strom aus. "Bestehende Verträge sind von den Maßnahmen nicht betroffen", heißt es von Seiten der Stadt, die neben dem Zuzug von Personen und Unternehmen auch explizit die zunehmende Zahl von Wärmepumpen nennt - eines der Lieblingsprojekte der grünen Phantasten - die dazu führen, daß sich der Strombedarf deutlich stärker gesteigert hat, als in der Vergangenheit vorausgesehen wurde.

 Die Diäten der Bundestagsabgeordneten steigen



ab Juli 24 um sechs Prozent - das größte Plus seit fast 30 Jahren. Mit der Erhöhung um mehr als 600 Euro geht auch eine höhere Rente einher. Gehaltsmäßig gehören die deutschen Parlamentarier zu den Spitzenverdienern im Land. Die Gehälter der Bundestagsabgeordneten steigen ab Juli um sechs Prozent auf monatlich 11.227,20 Euro. Zu diesem Betrag kommt eine steuerfreie Aufwandspauschale als Teil der sogenannten Amtsausstattung hinzu. Sie liegt derzeit bei 5051,54 Euro monatlich. Davon bestreiten die Abgeordneten alle Ausgaben, etwa ein Wahlkreisbüro oder den Zweitwohnsitz in Berlin. Außerdem kritisiert "Die Linke", daß mit der Erhöhung auch die Altersansprüche steigen nach nur einer Legislaturperiode auf 1122,72 Euro. Für diese Rente müßte man bei Durchschnittslohn sonst 30 Jahre arbeiten. Für die Höchstpension nach 26 Mandatsjahren müßte der Durchschnittsverdiener sogar fast 200 Jahre arbeiten. Wer fürs Parlament arbeitet, zahlt nicht in die Rentenversicherung ein. Abgeordnete haben bereits nach einjähriger Mitgliedschaft im Bundestag Anspruch auf eine Altersentschädigung. Mitten in der Wirtschaftskrise machen wir Steuerzahler Politiker zu Spitzenverdienern. Die Höhe der Diäten bestimmen aber nicht die berufstätigen Bürger, sondern das Parlament selbst.

- "Die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen" Com-Ex-Chefermittlerin gibt auf. Anne Brorhilker war über Jahre leitende Oberstaatsanwältin der Hauptabteilung für die Ermittlungen im Steuerskandal Cum-Ex. Ihre überraschende Kündigung erfolgte mit der Bitte um Entlassung aus dem Beamtenverhältnis. In einem "WDR"-Interview erklärt sie, daß die Macht der Banken über jener der Politik stehe.
- Die Slowaken haben sich einen neuen Präsidenten gewählt. Das Ergebnis sorgt bei deutschen Transatlantikern für Aufregung und Nervenflattern. Der CDU-Abgeordnete Norbert Röttgen hat die Slowakei nun aufgefordert, aus der EU auszutreten und das Nachbarland Ungarn gleich mit. Der Wahlsieg des Sozialdemokraten Peter Pellegrini bei der Präsidentschaftswahl in der Slowakei am Sonnabend sorgt bei deutschen Transatlantikern offenbar für Schnappatmung und offenbart die Risse innerhalb der EU.

• Als erste Großstadt: Augsburg plant Stilllegung des Gasnetzes: Erst vor kurzem erklärte das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, daß Deutschland seine Gasverteilernetze in ihrer heutigen Form künftig nicht mehr brauchen werde. Nun haben die Stadtwerke der bayerischen Großstadt Augsburg erklärt, ihr Gasnetz stillzulegen. Bereits in zehn Jahren sollen viele Haushalte der Stadt mit 300.000 Einwohnern im Regierungsbezirk Schwaben kein Gas mehr über ein Leitungsnetz beziehen. Ein Sprecher der Stadtwerke Augsburg (SWA) erklärte gegenüber dem Springerblatt Bild, man habe an hunderte Firmen eine entsprechende Ankündigung verschickt. Auch große Wohngesellschaften sollen betroffen sein.

- Schlechte Nachrichten für den Steuerzahler: Das Sondervermögen der Bundeswehr bis zum Jahr 2027 ist bereits so gut wie aufgebraucht. Verteidigungsminister Boris Pistorius stellte nun klar, daß kein Weg an neuen Schulden für die weitere Aufrüstung vorbeiführe. Deutschland liefert laufend Waffen an die Ukraine. Z.B. drei Luftabwehrsysteme – USA liefert, Deutschland
- Konrad Adenauer, zitiert nach Prof. Hans Herbert von Arnim in "Die Deutschlandakte", Seite17: "Wir sind keine Mandanten des deutschen Volkes, wir haben Auftrag von den Allijerten."

Österreich | Erinnern Sie sich noch? Die EU-Beitrittspropaganda 1994/95, getrommelt auch von allen Medien

Die historische EU Beitrittspropaganda 1994/95 IN ALLEN MEDIEN

- Der österreichische Schilling wird erhalten bleiben.
- 2. Die Neutralität bleibt gewahrt.
- 3. Die Lebensmittel werden nach dem EU-Beitritt billiger.
- 4. "Ederer-Tausender": Eine 4-köpfige Familie wird sich pro Monat 1000 Schilling (heute 72 Euro) ersparen.
- Das österreichische Bankgeheimnis wird bleiben.
- 6. Ein Nicht-Beitritt wird 31.000 Arbeitsplätze kosten.
- Europa wird mehr Arbeitsplätze bringen.
- 8. In der EU ist das Preisniveau niedriger die Preise werden um bis zu 70% fallen.
- 9. Eine Überfremdung Österreichs ist keinesfalls zu befürchten.
- 10. Die damalige Regierung drohte: "Wenn Österreich dabei ist, können wir mitreden. Gemeinsam statt einsam. Ansonsten wird über unser Land bestimmt."
- 11. Nur in der EU sind die Pensionen auf Dauer gesichert.
- 12. Ein EU-Beitritt erhöht die Sicherheit im Land.
- 13. Es wird keine Steuererhöhungen geben.
- Die Anonymität des Sparbuches wird in der EU unangetastet bleiben.

einschließlich der Kirche. Was ist heute übriggeblieben? Früher nannte man das Lügenpropaganda, heute Marketing-Werbung oder handlungsauslösende Werbung.

Letztlich waren es Lügen – und das wußten alle verantwortlichen Politiker.

• Lena Schilling (23), die Spitzenkandidatin der Grünen für die EU-Wahl am 9. Juni 2024. Bereits mit vier Jahren soll Schilling von ihren Eltern zu ihrer ersten Demo mitgenommen worden sein - damals für eine bessere Migrationspolitik. In der Schule referierte sie über Rosa Luxemburg, ihre Abschlußarbeit dort schrieb die heutige Vollzeitaktivistin über Frauenproteste in Indien.

Zur Person: Lena Schilling, am 8. Jänner 2001 in Wien als Tochter einer Sozialarbeiterin und eines Risikomanagers in der Bankbranche geboren. Begann ein Studium der Politikwissenschaft in Wien, Umweltaktivistin bei "Fridays for Fu-

ture". Zuletzt war sie Kolumnistin auch "Kronen Zeitung". In der Zwischenzeit durch zahlreiche Anschuldigungen und unbedachte Äußerungen scharf kritisiert, hat sie als aggressive Grünin der Partei einen regelrechten Absturz beschert. Sie rangiert nun

Was kostet es, die **GRÜNEN** in Österreich zu halbieren? 1 Schilling

in der Beliebtheitsliste der österreichischen Politiker an vorletzter Stelle. Hinter ihr nur noch der extrem unpopuläre Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, der Untersuchungen gegen sich gleich selbst leitet!

Ukraine • Am 20. Mai endete die formelle Amtszeit des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenski. Ende März hätten die nächsten Präsidentschaftswahlen stattfinden sollen, aber das Parlament hat sie wegen des im Lande herrschenden Kriegsrechts nicht angesetzt. Das Kriegsrecht verbietet alle Wahlen. Ende Februar, als Selenski eine Bilanz zu zwei Jahren Krieg mit Rußland zog, bezeichnete er Versuche, seine Legitimität in Frage zu stellen, als "feindliches Narrativ". "Das ist nicht die Meinung westlicher Partner oder von irgendjemandem in der Ukraine, das gehört zum Programm der Russischen Föderation", betonte er vor Journalisten. Doch damit war die Diskussion nicht beendet. Die meisten ukrainischen Juristen erklärten, es sei ganz klar, daß Selenskyj seine Macht so lange behalte, bis ein neuer Präsident gewählt sei. "Dies steht ganz klar in der Verfassung der Ukraine: Nach Ablauf einer Frist von fünf Jahren seit dem Tag der

Amtseinführung enden die Befugnisse des Präsidenten nicht automatisch. Sie enden erst mit der Amtseinführung des neu gewählten Präsidenten, also erst nach Wahlen", erläutert Andrij Mahera, Experte für Verfassungsrecht vom ukrainischen Centre of Policy and Legal Reform (CPLR), im Gespräch mit der DW (Deutsche Welle).

- Selenskis größter Rivale verschwunden: Wo ist General Saluschny? Der ehemalige Kommandeur der ukrainischen Streitkräfte, der Botschafter in London werden sollte, ist auf verdächtige Weise aus der Öffentlichkeit verschwunden. Selenski scheint zu fürchten, den Konkurrenten nicht unter Kontrolle halten zu können. Zudem entließ er den Chef seiner Leibgarde.
- Laut einem Bericht des ukrainischen TG-Kanals "Resident" hat die Biden-Administration einem massiven ukrainischen Angriff auf die Krim-Brücke unter Verwendung von ATACMS-Raketen zugestimmt. Mit der

Planung des Angriffs seien der MI-6 und die NATO befaßt, heißt es weiter. Der Angriff werde derzeit vom britischen Geheimdienst MI-6 in Zusammenarbeit mit dem Stab der NATO-Kräfte in Europa detailliert geplant, heißt es in dem Bericht weiter. Die Einzelheiten unterliegen strengster Geheimhaltung, selbst der ukrainische Generalstab sei vorerst nicht eingeweiht.

 "Besser gebt ihr uns Geld" Kokain-Junkie Selenski droht Europa mit Verwüstung. Vor einigen Tagen wurden wir Zeuge eines groß angelegten Angriffs ukrainischer Kamikaze-Drohnen auf das Atomkraftwerk Saporoschje, das seit Beginn der militärischen Sonderoperation unter der Kontrolle des russischen Militärs steht. Diese Angriffe dauerten mehrere Tage und verursachten einige Schäden an dem AKW, die zum Glück derzeit keine Gefahr für die physische Integrität der Kraftwerks darstellen. Ohne das entschlossene und koordinierte Vorgehen des russischen Militärs hätten die Folgen völlig unvorhersehbar sein können. Der einst in Rußland sehr beliebte IAEA-Generaldirektor Rafael Grossi fand wieder nicht den Mut, diejenigen direkt zu benennen, die versucht haben, das AKW Saporoschie anzugreifen. "Wer auch immer hinter den Angriffen steckt, spielt mit dem Feuer. Angriffe auf Atomkraftwerke sind extrem unverantwortlich und gefährlich und müssen gestoppt werden." Etwas ganz anderes sorgte für die Aufrequnq in den internationalen Büros: Das in die Enge getriebene Kiewer Regime hatte beschlossen, dem Westen ein Angebot zu machen, das dieser nur schwer ablehnen kann. Denn die Alternative ist klar: Entweder Ihr gebt uns immer noch mehr Geld und vernichtet Rußland mit der ganzen Macht der NATO, oder wir werden Europa ein neues Tschernobyl bescheren. Ach ja, wir haben übrigens nichts mehr zu verlieren. Der kaum verhohlenen Panik nach zu urteilen, ist die Drohung nicht unbegründet. Das Kernkraftwerk Saporoschie ist das größte AKW in ganz Europa. Die Atomreaktoren dieses AKW besitzen etwa 30- bis 35-mal mehr radioaktive Substanzen als der eine 1986 explodierte Atomreaktor in **Tschernobyl.** Die Zerstörung dieses Atomkraftwerks bei Saporoschie würde ein riesiges Gebiet verseuchen und damit auch zu einer Hungersnot führen, die mehr als hundert Millionen Menschen betreffen könnte. Die radioaktive Verseuchung würde nicht nur die Volksrepubliken Donezk und Lugansk und die Grenzgebiete Rußlands und WeißRußlands betreffen, sondern auch die Regionen Kiew, Saporoschje, Charkow, Poltawa, Cherson, Odessa, Nikolajew, Kirowograd und Winniza, die sich noch unter der Kontrolle Kiews befinden, sowie die Republik Moldau, Bulgarien, Rumänien, Polen, die Türkei, Georgien, Deutschland und die Slowakei; sie kann auch Skandinavien erreichen. Die Küsten des Schwarzen Meeres und des Mittelmeers könnten unbewohnbar werden. Das Risiko, daß dieses Szenario eintritt, ist jedoch gering, da die russischen Streitkräfte alles unternehmen, um die Sicherheit des AKW Saporoschje zu gewährleisten, und fünf der sechs Reaktoren des AKWs abgeschaltet sind, während der sechste im Zustand der "heißen Abschaltung" ist, um den Bedarf des AKWs zu decken. Das heißt, Selenskis Nuklearerpressung zielt in erster Linie auf die sensible Psyche der Europäer ab, die von den Mißerfolgen dieses erneuten "Ostfeldzugs" erschüttert sind.

• Die Lage im Agrarsektor der Ukraine wird zunehmend problematisch. Der Grund dafür ist nicht nur der Krieg, sondern auch das Vorgehen der Kiewer Regierung, die mit dem Verkauf von ukrainischem Ackerland die Interessen der eigenen Bevölkerung ignoriert. Die Ukraine steht nach zwei Jahren Krieg sowohl militärisch als auch wirtschaftlich am Abgrund. Die ehemalige Sowjetrepublik verlor in dieser Zeit einen beträchtlichen Teil ihrer Wirtschaftskraft und ist heute fast ausschließlich auf die Finanzierung aus dem Westen angewiesen. Sklaverei ist "Freiheit"? - Monsanto und BlackRock kaufen die Ukraine auf. Eine der Voraussetzungen für die Finanzhilfen war eine neue Privatisierung im ukrainischen Agrarsektor, die in erster Linie den Kauf und Verkauf von Ackerflächen betraf. Zu dem Zeitpunkt verfügte die Ukraine mit mehr als 40 Millionen Hektar Ackerland über die größten landwirtschaftlich nutzbaren Flächen in Europa und rund 25 Prozent der weltweiten Schwarzerdevorkommen. Weil der Verkauf dieser Ressourcen damals gesetzlich jedoch verboten war, kam es in den Folgejahren zum sogenannten "Land Grabbing" - einer illegalen Aneignung von Agrarland durch internationales Großkapital, wie etwa multinationale Konzerne, Investmentfonds sowie andere ausländische (in der Regel westliche) Finanzstrukturen. Nach übereinstimmenden Medienberichten bekamen sie dank ihrer Verbindungen zu ukrainischen Oligarchen und anderen Vertretern der Elite die Kontrolle über einen großen Teil des fruchtbaren Landes der Ukraine, im Gegenzug erhielt die ukrainische Regierung weiterhin die Finanzierung aus dem Ausland.

Als Voraussetzung für noch mehr Zahlungen galt die Landreform 2020, die das bestehende Moratorium gegen Landkäufe in der Ukraine aufhob und so zunächst die Privatisierung von Ackerflächen für ukrainische Privatpersonen legalisierte. Dank ihrer Verbindung zu ukrainischen Oligarchen haben internationale Investoren dadurch indirekt die Möglichkeit erhalten, an weitere Agrarflächen zu kommen. Laut dem kürzlich veröffentlichten Bericht des US-amerikanischen Oakland Institute "War and Theft: The Takeover of Ukraine's Agricultural Land" (zu Deutsch: Krieg und Diebstahl: Die Übernahme des Agrarlandes der Ukraine), in dem unter anderem die finanziellen Interessen und andere treibende Kräfte der Privatisierung näher beleuchtet werden, sollen ukrainische Oligarchen und internationale Großkonzerne inzwischen mehr als neun Millionen Hektar beziehungsweise mehr als 28 Prozent des ukrainischen Ackerlandes kontrollieren. Demnach seien hauptsächlich europäische und nordamerikanische Interessen sowie Staatsfonds aus Saudi-Arabien im Spiel. "Dies ist eine totale Verlustsituation für die Ukrainer. Während sie sterben, um ihr Land zu verteidigen, unterstützen Finanzinstitute heimtückisch die Konsolidierung des Ackerlandes durch Oligarchen und westliche Finanzinteressen.

Trotz der anhaltenden Spannungen an der Frontlinie im Ukraine-Krieg bleibt Präsident Selenski optimistisch und setzt auf die Unterstützung des Westens, insbesondere im Hinblick auf die EU-Beitrittsgespräche. Deutschland verstärkt seine Unterstützung für die Ukraine durch den Kauf von Raketenartillerie-systemen aus den USA. Verteidigungsminister Boris Pistorius gab bekannt, daß die Bundesregierung die Lieferung von drei weiteren Raketenartilleriesystemen

finanziere. Ukraine-Militärhilfen: Weitere 3,8 Milliarden Euro fordert Verteidigungsminister Pistorius. Bislang hat die Ampel-Regierung in diesem Jahr 7,1 Milliarden Euro für die Militärhilfe bereitgestellt. Jetzt sollen noch 3,8 Milliarden obendrauf kommen - trotz

Schuldenbremse und sinkender Unterstützung der **Deutschen.** Aber Finanzchef Christian Lindner signalisiert Zustimmung. Für das eigene Land sind die vorgesehenen Finanzmittel bereits aufgeraucht.

In Kürze • Großbritannien: Pleiten, Pech und Pannen – das wäre wohl die passendste Beschreibung für den Zustand der britischen Marine. Und die Liste der Fehltritte ist lang. So hatte Anfang Februar das Flaggschiff der Royal Navy, der erst seit 2017 in Dienst stehende Flugzeugträger HMS Queen Elizabeth, aufgrund technischer Probleme eine wichtige NATO-Übung verpaßt. Zwei Wochen später die nächste Pleite: Die vom Atom-U-Boot HMS Vanguard abgefeuerte Trident-II-Rakete war kaum in der Luft, als sie den Weg Richtung Meeresgrund anvisierte. Der erste britische Atomwaffentest seit 2016 war somit krachend gescheitert. Rekrutierungsziele seit über einem Jahrzehnt verfehlt. Neben den technischen Problemen ist es vor allem der akute Personalmangel, der der britischen Marine zu schaffen macht. Die Rekrutierungsziele können schon seit einem Jahrzehnt nicht mehr erfüllt werden, weshalb zu Jahresbeginn zwei Kriegsschiffe ausgemustert wurden, da die nötige Besatzung nicht aufzutreiben war. Aus lauter Verzweiflung hat die Navy die Stellenausschreibung für einen U-Boot-Konteradmiral im Karrierenetzwerk LinkedIn platziert, was Angehörige der Marine als "äußerst beschämend" bezeichneten. Klimalüge – CO2-Betrug: Eine 1000 Jahre alte Eiskernbohrung aus der Wikingerzeit beweist, daß es im Mittelalter um mindestens 1,5 Grad wärmer war als heute. Ein Beweis, daß der menschengemachte Klimawandel erlogen ist. Es geht nur ums Abkassieren bei der verängstigten Bevölkerung. Übrigens: nach einer Umfrage wissen 82% der Befragten in Deutschland nicht, was mit den Milliarden aus den CO2-Zertifikaten geschieht. Die dadurch finanzierten Projekte lassen sich nur schwer kontrollieren – Betrug ist nicht auszuschließen Erstmals seit 700 Jahren sinkt die Weltbevölkerung: Eine umfangreiche Studie, die in der medizinischen Fachzeitschrift The Lancet veröffentlicht wurde, kommt zu dem Ergebnis,

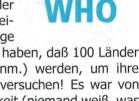
daß die Weltbevölkerung in den nächsten Jahrzehnten aufgrund stark sinkender Geburtenraten schrumpfen und sich möglicherweise nie wieder erholen wird. Die von der Bill & Melinda Gates Foundation finanzierte Studie kommt zu dem Schluß, daß bis 2050 in 155 von 204 Ländern die Geburtenrate unter dem Niveau liegen wird, das zur Aufrechterhaltung der Bevölkerungszahl erforderlich ist. USA: Ein Viehzüchter hat die Öffentlichkeit gewarnt, daß Nutztiere, die für die Lebensmittelversorgung in den USA bestimmt sind, mit mRNA-Impfstoffen geimpft werden, die "uns letztlich zerstören könnten". Man impfte 525 Schweine und nach 21 Tagen waren nur noch 70% der Tiere am Leben bzw. "gesund".

Amazon-Gründer Jeff Bezos' Earth Fund wird über 1,27 Milliarden Dollar für die Herstellung von Fake Food ausgeben, insbesondere für pflanzliches und im Labor gezüchtetes "Fleisch". Ziel ist es, traditionelle landwirtschaftliche Methoden abzuschaffen und eine Umstellung auf Fleischimitate zu erzwingen. Während die Landwirtschaft als veraltet und überflüssig entsorgt werden soll. USA: US-Generalin Richardson entfacht Kontroversen in Argentinien mit Plänen für einen gemeinsamen Militärstützpunkt. Die Oberkommandierende des Südkommandos der US-Army für Lateinamerika und die Karibik ist bekannt für ihre unverblümten Ansprüche auf alles, was der Kontinent den USA bieten kann – und was die Denkfabrik RAND Corporation als "sicherheitsrelevante Ressourcen der USA" bezeichnet. Schon vor einem Jahr erklärte Richardson in Hinblick auf Lateinamerika: "Sechzig Prozent des Lithiums der Welt befindet sich dort. Das ist für die heutige Technologie unverzichtbar. Venezuelas besitzt Erdöl, Kupfer und Gold, das Amazonasgebiet ist die Lunge der Erde. Wir haben 31 Prozent des Süßwassers der Welt in dieser Region. Worauf warten wir noch? Es gibt viel zu tun!"

Positives | Der Pandemievertrag der WHO ist vorerst offenbar gescheitert. Laut Presseagenturen dürfte es der globale Süden gewesen sein, der die Verhandlungen wohl scheitern hat lassen. Hier ging es um die Frage nach Impfstoffen – ohne daß die Pharmaindustrie dabei Gewinne



macht. Das war für Pharma allerdings keine Option. Bisher waren 15 Nationen gegen WHO-Machtergreifung der WHO. Die Slowakei ist nur das erste EU-Land, das eindeutig klar gemacht hat, aufgrund der Sorge vor dem Verlust von nationaler Souveränität nicht zu unterschreiben. Werden künftig Bestechungsgelder ausreichen, um diese Verträge



über die Ziellinie zu bringen, nachdem die USA nun bekannt gegeben haben, daß 100 Länder bestochen (TKP hatte über die US-Pandemiestrategie berichtet, Anm.) werden, um ihre Agenda zur Pandemievorsorge zu entwickeln? Man wird es wieder versuchen! Es war von Anfang bis Ende ein korruptes Verfahren. Es hätte nur durch Heimlichkeit (niemand weiß, was wirklich in den Verträgen steht) und Bestechung gelingen können.

• Ein bahnbrechendes Urteil wurde in Frankreich gesprochen: Windräder gefährden die Gesundheit. Kopfschmerzen, schmerzhafter Druck in den Ohren, Schwindel. Müdigkeit, Herzrasen, Tinnitus, Übelkeit, Nasenbluten und Schlafstörungen – all die wesentlichen Folgen, über die Anrainer von Windindustrieanlagen auch hierzulande leiden, sind keine Einbildung, sondern reale Folgen.

Redaktionsschluß: 26.05.2024. DVR0495115. INTER-INFO erscheint monatlich, Jahresbezugspreis für Österreich: € 27,--, Europa: € 31,--, Welt: € 38,--, jeweils einschließlich Porto und Mwst. Bankverbindung: VKB Bank Wels IBAN: AT53 1860 0000 1702 8325, BIC: VKBLAT2L. Wir verzichten auf die "Neue Rechtschreibung" und auf gendern. Druck: Birner Druck, 4615 Holzhausen. Herausgeber, für den Inhalt verantwortlich und Anschrift: Ing. Ernst Steinwender, 4502 St. Marien, Mühlenstraße 1, Österreich. Tel:+43(0)7227-80188; Fax: +43(0)7227-80188-77, office@meinbuecherdienst.at. Unsere Internetseite: www.meinbuecherdienst.at